

Antrag R01.017.1: Änderungsantrag zu R01

Änderungsantrag zu R01

Antragsteller*in: OV Seehausen (LV Sachsen-Anhalt)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 17

17 5. Beschlussfassung zu den Leitanträgen ~~des Parteivorstandes~~

Begründung

Es wurden zwei Monate vor dem Parteitag, entsprechend der Frist zur Einreichung grundsätzlicher Anträge, insgesamt fünf Leitanträge eingereicht, davon drei vom Parteivorstand, ein vierter von einem Orts- und ein fünfter von einem Kreisverband. Die Behandlung aller fünf Leitanträge im selben Tagesordnungspunkt entspricht den Grundsätzen innerparteilicher Demokratie. Die Leitanträge, die nicht vom Parteivorstand formuliert wurden, in den Tagesordnungspunkt 8 zu weiteren Anträgen zu verschieben, wie es sich aus der vorläufigen Tagesordnung ergibt, kann eine Nichtbehandlung zur Folge haben, da dieser TOP laut Zeitplan erst gegen Ende des Parteitages aufgerufen wird. Es ist auch formal nicht korrekt, denn im TOP 8 reihen sich diese Leitanträge ein in Anträge, die unter anderen Bedingungen, fehlende Grundsätzlichkeit und kürzere Einreichungsfrist, zur Befassung kommen.

Antrag R01.017.2: Änderungsantrag zu R01

Änderungsantrag zu R01

Antragsteller*in: KV Potsdam-Mittelmark

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 17

17 5. Beschlussfassung ~~zu den Leitanträgen~~ zum Leitantrag der Delegierten des Parteivorstandes ~~8.~~ Parteitages

Zeile 20

20 8. ~~Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an~~ Beschlussfassung zur Festsetzung des Termins ~~für die~~ 1.-2. Tagung des 8. Parteitages

Begründung

DIE LINKE. befindet sich in ihrer schwersten Krise seit ihrer Gründung. Die aktuellen Wahlergebnisse und Wahlprognosen sind in Anbetracht des prognostizierten Wählerpotentials desaströs. Ohne grundlegende innerparteiliche Neuausrichtung, sowohl in Struktur als auch Programmatik, droht der zukünftige Ausschluss der Vertretung im Bundestag sowie in weiteren Landesparlamenten. Auch der Einfluss in kommunalen Parlamenten und Kreistagen schwindet und reduziert unsere Möglichkeiten für die Bürger:innen aktiv zu werden und in der politischen Öffentlichkeit erkennbar zu bleiben. Nur in einer großen, gemeinsamen Kraftanstrengung ist dieser verhängnisvolle Trend aufzuhalten. Der bisherige Vorschlag des Bundesvorstandes, den Parteitag „wie gehabt, in bewährter Form“ durchzuführen, wird der immensen Gefahr, in der sich unsere Partei befindet, nicht gerecht.

Deshalb sollen die Inhalte der bisher in einer Tagung vorgeschlagenen Arbeitsschwerpunkte auf zwei getrennte Tagungen aufgeteilt werden. Dabei hat die erste Tagung ausschließlich die Frage der zukünftigen Struktur der Partei, d.h. die Zusammensetzung des Bundesvorstandes, aller weiteren Gremien, sowie der Organisation von Bundesarbeitsgruppen zum Thema. Diese Tagung ist auch den Wahlen des Parteivorstandes vorbehalten.

In einer max. achtstündigen Generaldebatte wird allen Delegierten ausreichend Zeit gegeben, über die zukünftige Struktur der Partei und die Zusammensetzung des Bundesvorstandes und weiterer Gremien zu diskutieren. Danach soll eine Leitlinie der Delegierten, als erste Orientierung für die Öffentlichkeit verabschiedet werden. Sie kann nicht die Leitlinie des Bundesvorstandes sein, da dieser erst danach neu gewählt wird, sondern nur ein Vorschlag des bisherigen Bundesvorstandes.

Bundespolitische Anträge und die Diskussion über die zukünftige politische Leitlinie der Partei bleibt einer zweiten Tagung, die zeitnah im Herbst durchgeführt werden sollte, vorbehalten. Um keine Zeit zu verlieren soll die 2. Tagung des 8. Parteitages noch in diesem Jahr stattfinden. Bis dahin hat die Basis der Partei ausreichend Zeit, sich inhaltlich an der beschlossenen Neuausrichtung zu beteiligen und ihre Kritik und Vorschläge für eine grundsätzliche Verbesserung der Wahrnehmung der LINKEN in der Bundesrepublik Deutschland einzubringen.

Antrag R01.018.1: Änderungsantrag zu R01

Änderungsantrag zu R01

Antragsteller*in: OV Seehausen (LV Sachsen-Anhalt)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 18

18 6. ~~Beschlussfassung zu Satzungsanträgen~~

Begründung

Der Tagesordnungspunkt „Satzungsänderungen“ wird ersatzlos gestrichen. Einzige Ausnahme bilden Anträge, die im Zusammenhang mit der Debatte „Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen, Gewalt und Sexismus“ vorliegen oder gestellt werden.

Der nach dem vorläufigen Zeitplan vorgesehene Umfang für Satzungsänderungen wird zur Erweiterung der Generaldebatte verwendet.

Der diesjährige Parteitag konzentriert sich auf die Fragen der inhaltlichen und personellen Erneuerung und die diesbezüglichen Debatten. Die im vorläufigen Zeitplan vorgesehene, nur zweistündige Generaldebatte ist dafür unzureichend.

Da sich vor allem erst bei der Umsetzung der inhaltlichen Erneuerung in der Praxis zeigen wird, welche innerparteilichen Strukturen dabei hilfreich oder hemmend sind, können die aus diesem Prozess resultierenden Satzungsänderungsanträge von der Antragskommission gesammelt, der Parteiöffentlichkeit zur Verfügung gestellt und beim nächsten Parteitag zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Daraus ergeben sich folgende Änderungen für den Zeitplan:

Freitag, 24.6. 15.45 Uhr Fortsetzung der Generaldebatte

Sonntag, 26.6. 9 Uhr Fortsetzung der Beschlussfassung zu den Leitanträgen des Parteivorstandes, dazwischen Gastrede

Die Beschlussfassung über Anträge zu „Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen, Gewalt und Sexismus“ erfolgt nach Ende der diesbezüglichen Debatte, nachfolgende Abläufe verschieben sich nach hinten.

Antrag R01.021.1: Änderungsantrag zu R01

Änderungsantrag zu R01

Antragsteller*in: KV Karlsruhe, LV Baden-Württemberg, Kreisvorstand
Pforzheim / Enzkreis, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 21

21 9. Wahlen des Parteivorstandes

[9.1 Nominierung der Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsfraktion durch den Bundesparteitag](#)

Begründung

Entsprechend dem Änderungsantrag zu P08 sollen schon auf dieser Tagung des Bundesparteitags neue Fraktionsvorsitzenden nominiert werden. Zu einer grundlegenden Erneuerung der Strukturen unserer Partei gehört auch die Neubesetzung der Fraktionsspitze der Bundestagsfraktion durch den Bundesparteitag. Die Bundestagsfraktion und ihre Fraktionsspitze haben durch ihr Auftreten das öffentliche Bild der Partei mit entscheidend negativ geprägt und haben damit einen maßgeblichen Anteil an der Krise der Partei zu verantworten.

weitere Antragsteller*innen

Kreisvorstand Ortenau, Kreisvorstand Baden-Baden/Rastatt, Kreisvorstand Calw

Antrag R02.008.1: Änderungsantrag zu R02

Änderungsantrag zu R02

Antragsteller*in: OV Seehausen (LV Sachsen-Anhalt)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 8 - 9

8 15.45 Uhr TOP ~~5 Beschlussfassung zu den Leitanträgen des Parteivorstandes~~
9 ~~dazwischen Gastrede~~ 4 Fortsetzung der Generaldebatte

Zeile 27

27 9.00 Uhr TOP ~~6~~ 5 Fortsetzung der Beschlussfassung zu ~~Satzungsanträgen~~ den Leitanträgen des Parteivorstandes, dazwischen Gastrede

Begründung

Der Tagesordnungspunkt „Satzungsänderungen“ wird ersatzlos gestrichen. Einzige Ausnahme bilden Anträge, die im Zusammenhang mit der Debatte „Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen, Gewalt und Sexismus“ vorliegen oder gestellt werden. Der nach dem vorläufigen Zeitplan vorgesehene Umfang für Satzungsänderungen wird zur Erweiterung der Generaldebatte verwendet.

Die Beschlussfassung über Anträge zu „Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen, Gewalt und

Sexismus“ erfolgt nach Ende der diesbezüglichen Debatte, nachfolgende Abläufe verschieben sich nach hinten.

Der diesjährige Parteitag konzentriert sich auf die Fragen der inhaltlichen und personellen Erneuerung und die diesbezüglichen Debatten. Die im vorläufigen Zeitplan vorgesehene, nur zweistündige Generaldebatte ist dafür unzureichend. Da sich vor allem erst bei der Umsetzung der inhaltlichen Erneuerung in der Praxis zeigen wird, welche innerparteilichen Strukturen dabei hilfreich oder hemmend sind, können die aus diesem Prozess resultierenden Satzungsänderungsanträge von der Antragskommission gesammelt, der Parteiöffentlichkeit zur Verfügung gestellt und beim nächsten Parteitag zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Antrag R02.008.2: Änderungsantrag zu R02

Änderungsantrag zu R02

Antragsteller*in:	KV Potsdam-Mittelmark
--------------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 8 - 9

- 8 15.45 Uhr TOP ~~5-Beschlussfassung zu den Leitanträgen des Parteivorstandes~~
9 ~~-dazwischen~~ 4 Weiterführung der Generaldebatte
10 17.30 Uhr Gastrede

Zeile 19

- 19 9.25 Uhr TOP 5 Beschlussfassung ~~zu den Leitanträgen~~ zum Leitantrag der Delegierten des Parteivorstandes 8. Parteitages

Zeile 21

- 21 13.15 Uhr TOP ~~9-Wahlen~~ 6 Beschlussfassung zu Satzungsanträgen

Zeile 22

- 22 ~~18.15~~ 15.00 Uhr Pause

Zeile 23

- 23 ~~18.30~~ 15 Uhr ~~Fortsetzung~~ TOP 9 Wahlen

Zeile 24

- 24 ~~21.30 Uhr~~ ~~TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge~~

Zeile 27

- 27 9.00 Uhr Fortsetzung TOP ~~6-Beschlussfassung zu Satzungsanträgen~~ 9 Wahlen

Zeile 31

- 31 ~~14.00 Uhr~~ ~~Fortsetzung TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge~~

Begründung

Die vorgeschlagenen Änderungen in den Zeilen 8 und 19 ergeben sich logischerweise bei einer Annahme des Antrages [R01.017.2](#).

Die vorgeschlagenen Änderungen in den Zeilen 21, 22, 23, 24, und 27 sind zwingend notwendig, wenn Änderungen an der Zusammensetzung des Bundesvorstandes beantragt werden. Sonst würde eine Annahme diesbezüglicher Anträge keine Wirkung entfalten, da die Wahlen (wie bisher vorgesehen) schon vorher stattgefunden hätten. Außerdem findet sich schon im bisher vorgeschlagenen RO 1 eine Umkehrung von Wahlen und Satzungsänderungen.

Die vorgeschlagene Änderung in der Zeile 31 ergibt sich logischerweise bei einer Annahme des Antrages [R01.017.2](#).

Antrag R02.010.1: Änderungsantrag zu R02

Änderungsantrag zu R02

Antragsteller*in:	Parteivorstand
--------------------------	----------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 10

10 18.00 Uhr ~~Fortsetzung TOP 4 Generaldebatte mit dem Schwerpunkt~~ Frauenplenum (FLINTA*-Plenum)

Zeile 11

11 ~~„Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen, Gewalt und Sexismus“~~ 19.00 Uhr Fortsetzung TOP 4 Generaldebatte mit dem Schwerpunkt

Zeile 12

12 ~~19.00 Uhr Frauenplenum~~ „Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen, Gewalt und Sexismus

Antrag R02.020.1: Änderungsantrag zu R02

Änderungsantrag zu R02

Antragsteller*in:	LV Rheinland-Pfalz
--------------------------	--------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 20

20 ~~12.3500~~ Uhr ~~Pause~~ TOP 6 Beschlussfassung zu Satzungsanträgen zu Wahl und Zusammensetzung des Parteivorstandes

Zeile 21

21 ~~13.1500~~ Uhr ~~TOP 9 Wahlen~~ Pause

Zeile 22

22 ~~18:30~~ 18:30 Uhr ~~Pause~~ TOP 9 Wahlen

Zeile 23

23 18.30 Uhr ~~Fortsetzung TOP 9 Wahlen~~ Pause

Zeile 24

24 ~~21:30~~ 18:45 Uhr Fortsetzung TOP 9 Wahlen

25 21:45 Uhr TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge

Begründung

Wir beantragen die Änderung des Zeitplans, um alle satzungsändernden Anträge, welche die Zusammensetzung und Wahl des Parteivorstandes betreffen, auch vor der Durchführung der Wahlen auf diesem Parteitag beraten und beschließen zu können.

Die Partei muss aus diesem Bundesparteitag mit einem Signal des Neustarts herausgehen. Dies trifft sowohl auf inhaltliche Aspekte, als auch auf strukturelle Fragen zu. Solch ein Signal kann nicht gelingen, wenn alle Anträge zur Veränderung der Zusammensetzung und Wahl des Parteivorstandes erst nach den Wahlen auf diesem Parteitag in Kraft treten und somit die Strukturreform erneut defacto zum zwei Jahre verschoben wird.

Wenn wir Reformen und Strukturveränderungen stets nur „ankündigen“ – diese aber nicht vollzogen werden, machen wir uns auch auf diesem Feld unglaubwürdig.

Auch wenn die satzungsändernden Anträge nicht angenommen werden sollten, sehen wir es als wichtiges Signal an, dass diese zumindest VOR der Wahl des Parteivorstandes behandelt werden und nicht durch einen „Trick“ in der Struktur der Zeitplanung der TOP 6 dann doch nach dem TOP 9 behandelt wird.

Antrag R03.025. 1: Änderungsantrag zu R03

Änderungsantrag zu R03

Antragsteller*in:

BV Hamburg-Mitte, Gunhild Berdal (Hamburg), Kristian Glaser (Hamburg), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 25

25 Gästen des Parteitages kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden ~~-,~~ im Zweifel entscheidet der Parteitag.

26 Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.

Begründung

Letztlich entscheidet der Parteitag, ob er einen Gast hört oder nicht.

weitere Antragsteller*innen

Franziska Hildebrandt (BV Hamburg-Mitte), Kerstin Fremder-Sauerbeck (BV Hamburg-Mitte)

Antrag R03.030. 1: Änderungsantrag zu R03

Antragsteller*in: BV Hamburg-Mitte, Gunhild Berdal (Hamburg), Kristian Glaser (Hamburg), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 30

- 30 Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt, werden aber ausgezählt. Stimmgleichheit gilt als
31 Ablehnung.

Begründung

Eine Enthaltung ist eine gleichberechtigt zu behandelnde politische Willensbekundung.

weitere Antragsteller*innen

Franziska Hildebrandt (BV Hamburg-Mitte), Kerstin Fremder-Sauerbeck (BV Hamburg-Mitte)

Antrag R03.145.1: Änderungsantrag zu R03

Änderungsantrag zu R03

Antragsteller*in: BV Hamburg-Mitte, Gunhild Berdal (Hamburg), Kristian Glaser (Hamburg), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 145 - 149

- 145 c) ~~Antragsteller:innen~~ Antragsteller*innen haben bei Befassung ihrer Anträge im Plenum das
Recht, ihre
146 Anträge vor dem Plenum einzubringen und zu begründen. ~~Wird~~ Dies gilt auch, wenn eine Tagung
des Parteitags
147 als eOnline-Parteitag durchgeführt, ~~kann der Parteitag (auf Vorschlag der~~
148 ~~Antragskommission) beschließen, dass die Einbringung und Begründung von Anträgen~~
149 ~~durch schriftliche Veröffentlichung an die Mitglieder des Bundesparteitags erfolgt~~ wird.

Begründung

Parteitage sind – ob in Präsenz oder online – politisch lebendig und keine virtuellen Spiele. Antragsteller*innen müssen unter Bezugnahme auf den Parteitag argumentieren können, Delegierte müssen diese Argumente hören und sich auf sie beziehen können, um qualifiziert entscheiden zu können. Antragsteller*innen bleibt es unbenommen, ihre Anträge nicht zu begründen.

weitere Antragsteller*innen

Franziska Hildebrandt (BV Hamburg-Mitte), Kerstin Fremder-Sauerbeck (BV Hamburg-Mitte)

Antrag R04.025.1: Änderungsantrag zu R04

Änderungsantrag zu R04

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 25 - 50

1 Der Parteivorstand schlägt der 1. Tagung des 8. Parteitags folgende Gremienbesetzung
2 vor.

3 **Tagungspräsidium**

4 Katina Schubert, Berlin
5 Stefan Hartmann, Sachsen
6 Susanne Schaper, Sachsen
7 Stefan Glander, Rheinland-Pfalz
8 Nina Eumann, NRW
9 Christian Schaft, Thüringen
10 Birke Bull-Bischoff, Sachsen-Anhalt
11 Amid Rabieh, NRW
12 Kathrin Flach Gomez, Bayern
13 Elvis Capece, Bawü
14 Ulrike Grosse-Röthig, Thüringen
15 Benjamin Immanuel Hoff, fds
16 Katharina Slanina (Brandenburg)
17 Jan Schalauske, Hessen
18 Melanie Wery-Sims, RLP (für nächste Tagung)
19 Michael Erhardt, Hessen
20 Jenny Luca Renner, BAG.queer
21 Didem Aydurmus, Ökologische Plattform
22 Barbara Borchardt, BAG B&G
23 Sofia Leonidakis, Bewegungslinke
24 Doris Achelwilm, Bremen

25 Pascal Meiser, Berlin

26

27 [Jörg Schindler, Parteivorstand](#)

[Keyvan Taheri, Hamburg](#)

[Regina Preysing, SL](#)

Antragskommission

28 Charlotte Roffalski, Sachsen
29 Peter Brill (MV)
30 Marika Tändler-Walenta, Sachsen
31 Sebastian Koch, Berlin
32 Cornelia Swillus-Knöchel, NRW
33 Tim Detzner, Sachsen
34 Carola Kunde, Sachsen-Anhalt
35 Marc Mulia
36 Sabine Berninger, Thüringen
37 Jean-Paul Marienfeld, MV
38 Karin Binder, Bawü
39 Christopher Neumann, Brandenburg

- 40 Franziska Liebich, Bewegungslinke
41 Thomas Hecker, KPF
42 Jakob Migenda, Hessen
43
44 [Giesela Brandes-Steggewentz, SL](#)
[Stefan Hölzl, Bayern](#)
[Luisa Mayer \(Linksjugend \['solid\]\)](#)
[Manuel Lautenbacher, RLP](#)
[Charlie Birner \(Linksjugend \['solid\]\)](#)

Wahlkommission

- 45 Jessica Pohl, Sachsen
46 Christoph Kröpl, Berlin
47 Isabell Fuhrmann, BaWü
48 Frank Puskarev, Sachsen
49 Patricia Usée, Brandenburg
50 Lukas Eitel, Bayern
51 Kersten Steinke, Thüringen

52 [Malte Lier, Bremen](#)
[Katrín Werner, Rheinland-Pfalz](#)
[Rainer Benecke, fds](#)
[Martin Wittmaack, Hamburg](#)

Mandatsprüfungskommission

- 51 Annetta Juckel, Berlin
52 Hermann Ruttman, Bayern
53 Heike Kretschmer, NRW
54 Valentin Schötz, Bayern
55 Rita-Sybille Heinrich, Brandenburg
56 Bernhard Strasdeit, Bawü